

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblatthaus

Seit 1861. Die Zeitung ist von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Genuss:

Tagblatt Nr. 7405-63.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Bezugspreise: Vom Verlag bezogen: M. 9.80, durch die Ausgabestellen bezogen: M. 10.30, durch die Träger ins Haus gebracht M. 12.— monatlich. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Besitzer keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Ersatzung des entsprechenden Entgelts.

Angelagerter Ortliche Anzeigen M. 2.—, Fern- und Kultur-Anzeigen M. 3.—, auswärtige Anzeigen M. 4.—, örtliche Anzeigen M. 1.—, auswärtige Anzeigen M. 2.— für die empfangende Anstalt oder deren Raum. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen entsprechende Nachzahlung. — Schluss der Anzeigen-Aufnahme für beide Ausgaben: 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 9, Bohlstraße 18, Fernsprecher: Amt Zentrum 11435-11437.

Freitag, 20. Januar 1922.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 33. • 70. Jahrgang.

Die Überbürdung der Verbraucher.

Von Dr. Hermann Bahrke, M. d. R.

Die Belastung des Verbrauchers wächst ins Ungeheure. Vom 16. Februar 1922 ab wird das Brot, das bisher um etwa 7 M. zu haben war, mehr als 12 M. kosten. Wenn es nach dem Ausschuss des Reichswirtschaftsrats geht, würde neben den inzwischen eingetretenen Preissteigerungen noch eine besondere Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues in Höhe von 100 Prozent der Friedensmiete gezahlt werden. Dazu treten die Steuern vom Vermögen, vom Vermögenszuwachs, die geplanten Zollerhöhungen auf Kaffee, Tee, Kakao, die Steuererhöhung für Zucker, Tabak, Bier, Mineralwasser, Zündwaren, Leuchtmittel, wie sie in den Finanzvorlagen der Regierung vorgesehen sind. Die Zölle, die um 1000 Prozent erhöht wurden, haben inzwischen seit November eine weitere Steigerung bis zu 3900 Prozent erfahren. Würde eine dieser Maßnahmen für sich allein getroffen werden, so wäre sie zwar auch bedauerlich, aber immerhin erträglich. In ihrer Häufung aber liegt eine Verteuerung der Lebenskosten, die die Tragkraft weiter Schichten übersteigt.

Eben diese Häufung läßt den einheitlichen Plan vermissen und keine Rücksicht auf die sozialen Folgen erkennen, die eintreten müssen, wenn der Bogen überspannt wird. Bietet man dem Publikum soviel mit einem Male auf, so kann man sich nicht wundern, wenn neue Arbeitskämpfe ausbrechen und die Gehaltsforderungen kein Ende nehmen. Hier bedarf es der ordnenden Hand und des weiten Blickes. Die Zeit und Kraft des Reichskanzlers ist gegenwärtig durch noch größere Sorgen in Anspruch genommen; er trägt die Verantwortung dafür, daß der von der Reparationskommission geforderte Reform- und Garantplan bis zum 27. Januar fertiggestellt und überreicht ist. Dann muß eben ein anderes Mitglied des Kabinetts die Sichtung übernehmen und die Zurückstellung oder Milderung der einen oder anderen Maßregel veranlassen.

In ihrer Vereinzelung betrachtet sind die gemachten Vorschläge durchaus verständlich. Würden wir die Verbilligungsschüsse für Getreide bis zum Ende des am 15. August 1922 ablaufenden Wirtschaftsjahres gewähren, so hätten wir bei einem Dollarkurs von etwa 180 nicht weniger als 16 bis 17 Milliarden aus öffentlichen Mitteln zuzuschießen. Die deutsche Landwirtschaft stellt nicht genug Getreide her, wir müssen also das fehlende vom Ausland kaufen und dafür Preise zahlen, die den Inlandspreis um das Mehrfache übersteigen. Das können wir auf die Dauer und in diesem Maße nicht mit Rücksicht auf den Fehlbetrag des Reichshaushalts und auf den Druck des Auslands. Deshalb bleibt nichts anderes übrig, als die Zuschüsse herabzusetzen und sie schließlich ganz fallen zu lassen. Bei der 75prozentigen Erhöhung des Brotpreises bleiben immer noch 10 bis 11 Milliarden Mark aus Reichsmitteln zu decken.

Auch eine Erhöhung der Mietssteuer wäre an sich erwünscht, weil wir dadurch Mittel zu dem dringend notwendigen Wohnungsbau gewinnen. Aber schon die Reichstagskommission hat Vorbehalte gemacht, insbesondere den, daß alle Renten-, Lohn- und Gehaltsempfänger ihre Jahresbezüge um denjenigen Betrag erhöht erhalten, der der durchschnittlichen Mietssteigerung entspricht. Diese Voraussetzung läßt sich um so schwerer erfüllen, je höher die Bürde wird, die man auf die Schultern der Verbraucher legt.

Ebenso ist die dritte Form der Belastung, diejenige durch die neuen Steuern, bei der Kollage unserer Finanzen ausreichend gerechtfertigt. Wir müssen verschaffen, den Reichshaushalt in Ordnung zu bringen. Ganz wird dies auch durch die vorgesehene Belastung des Besitzes und Verbrauches nicht gelingen. Immerhin erhoffen wir eine Gesamteinnahme aus Steuern, Zöllen und sonstigen Finanzquellen von etwa 85 Milliarden Mark, und es gilt jetzt, diese Summen zu sichern. Die Parteien sind soweit einig über ein Steuerkompromiß, das wahrscheinlich auf die Erhebung eines höheren Betrages des Reichsnotopfers hinausläuft, als im Entwurf zur Vermögenssteuer vorgeschlagen wird. Dort stehen 40 Prozent; vielleicht wird diese Ziffer für große Vermögen um mehr als die Hälfte erhöht. Vielleicht kommt für eine etwas spätere Zeit noch eine andere, sehr tief in das Wirtschaftsleben eingreifende Maßregel in Frage. Zustande kommen müssen die Steuern; andernfalls würde sich unsere Lage gegenüber der Reparationskommission überaus verschlechtern.

Stehen aber die Dinge so, dann bleibt nichts anderes übrig, als unter den vorstehenden drei Belastungen eine Auswahl zu treffen. Vergleicht man die Dringlichkeitsfrage, so kann man sich nur für eine Zurückstellung bzw. für eine wesentliche Herabsetzung der

Mietssteuer entscheiden. Die Mittel für den Wohnungsbau oder ein Teil davon müssen dann eben auf anderem Wege beschafft werden, wie dies ja auch bisher geschehen ist. Der Reichstag wird hier, wie so oft, den Vorschlägen des Reichswirtschaftsrats nicht folgen!

Wiederbeginn der Parlamentsitzungen.

Br. Berlin, 19. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Heute nachmittag um 3 Uhr nahmen der Reichstag und der preussische Landtag ihre Sitzungen wieder auf.

Ein Reichsrahmengesetz für die Schutzpolizei.

Br. Berlin, 19. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet: Im Reichsministerium des Innern sind vorerwähnt unter dem Vorsitz des Oberregierungsrats Wagner zwischen den Vertretern der Länder die Vorschläge des Reichsrahmengesetzes, die sich mit der Schaffung eines Reichsrahmengesetzes für die vom Reich subventionierte Schutzpolizei befassen. Das Rahmengesetz soll in erster Linie die rechtliche und wirtschaftliche Stellung der Schutzpolizisten regeln. Es soll Richtlinien für die Verpflegung und Unterbringung der Beamten nach Ablauf der Dienstzeit geben, um zum Beispiel die Möglichkeit zu schaffen, Beamte, die Verpflegungsanforderungen haben, auch in anderen Ländern unterzubringen, falls in einzelnen Ländern eine schnelle Unterbringungsmöglichkeit nicht besteht.

Abwartende Haltung der Gewerkschaften.

D. Berlin, 19. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Zu den Beschlüssen der unteren Beamtengruppen der Eisenbahn und Post in Berlin und Sachsen, auf die ungenügenden Vorschläge des Reichsfinanzministers mit dem Generalstreik zu antworten, wird von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß die Organisationsleistungen unter allen Umständen befristet sein werden. Ihre Anhänger zu einer abwartenden Haltung zu veranlassen, bis die Stellungnahme des Reichstags für die Beamtensforderungen bekannt sein wird.

Die westdeutschen Eisenbahner und die Teuerung.

Br. Essen, 19. Jan. (Eig. Drahtbericht.) In Essen wurde eine Konferenz der Bezirks-Eisenbahner und Eisenbahner der Gewerkschaften deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter. Die Versammlung beschäftigte sich mit dem Ergebnis der letzten Teuerungssaktion der Eisenbahner. Nach ausführlicher Aussprache wurde der Beschluß gefaßt, das bisherige Angebotsniveau für Arbeiter einen Stundenlohnzuschlag von 75 Pf. für die Beamten eine Verbesserung des Jahreslohns um 1800 Mark zu bewilligen. Für das nächste Wirtschaftsjahr als unzulässig zu bezeichnen. Die Konferenz sprach die Erwartung aus, daß die von der Regierung für den 22. Januar ausgesetzten weiteren Verhandlungen schnellstens erledigt werden.

Ein englischer Schutz Zoll für deutsche Spielwaren?

W. T. B. London, 19. Jan. (Drahtbericht.) „Daily Herald“ schreibt: Deutsche Spielwarenfabriken liefern augenblicklich an Großbritannien Spielwaren, die infolge der Entwertung der Mark bedeutend billiger sind, als in England die Herstellung der Waren kostet. Das englische Arbeitsamt hat deswegen auf die von den britischen Kaufleuten eingereichten Klagen hin einen Ausschuss ernannt, der beauftragt ist zu prüfen, ob es nicht annehmbar ist, die deutschen Spielwaren mit einer besonderen Abgabe zu belasten, wie es in dem 1921 angenommenen Gesetz zum Schutze der britischen Industrie vorgesehen ist.

Der französisch-polnische Handelsvertrag.

W. T. B. Paris, 19. Jan. Die „Journé Industrielle“ erlaubt zu wissen, daß die mit der polnischen Regierung wegen Abschluß eines Handelsvertrages anhängigen Verhandlungen der französisch-polnischen Regierung vor dem Abschluß stehen. Die Einzelheiten des Vertrages seien noch nicht bekannt, wahrscheinlich werde er jedoch wichtige Bestimmungen über die Auswertung des Petroleum in Polen enthalten.

Eine Regierungskrise in Rumänien.

W. T. B. Bukarest, 18. Jan. Nach einmonatiger Pause trat die Deputiertenkammer wieder zusammen und nahm die Vorstellung der neuen Regierung entgegen. Alle Parteien, bis auf die Liberalen, nahmen an der Sitzung teil. Der Ministerpräsident Take Jonescu rechtfertigte seine Politik und erklärte, er sei der Meinung, daß das gegenwärtige Parlament die Wahl- und Finanzreform durchzuführen müsse. Sei jedoch die Mehrheit gegen das Kabinett, so werde diese Aufgabe nicht erfüllt werden können. Der König werde in diesem Falle die weiteren Entscheidungen treffen. Sodann wurde ein von der Volkspartei beantragtes Mißtrauensvotum mit 190 gegen 81 Stimmen angenommen. Take Jonescu erklärte in Konsequenz dieser Abstimmung, daß er dem König die Demission des gesamten Kabinetts unterbreiten werde.

D. Bukarest, 19. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Die rumänische Kammer hat mit 190 von 291 Stimmen, also mit Zweidrittelmehrheit, das Vertrauen für das Kabinett Jonescu verweigert. Jonescu hat den Rücktritt der Regierung angemeldet. Es sind lebhaftest Verhandlungen im Gange. Als aussichtsreichster Kandidat gilt Brătianu, der die Ermächtigung zur Auflösung der Kammer und für die Wahl erhalten hat. Nach einer zweiten Vertagung werde Take Jonescu zusammen mit den Lebensgefährten Freidemann Barin und Jorja das neue Kabinett bilden, wenn er vom König die Ermächtigung erhält, Neuwahlen zu veranlassen.

Enver-Pascha verhaftet.

W. T. B. London, 19. Jan. Reuter meldet aus Konstantinopel, auf Ersuchen der Regierung von Ankara sei Enver-Pascha von den Sowjetbehörden verhaftet worden. Es werde mitgeteilt, daß er unter Eskorte über die anatolische Grenze verbracht und dort wegen Hochverrats vor Gericht gestellt werde.

Die Konferenz von Genua.

D. Paris, 19. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Laut „New York Herald“ sollen außer den Vereinigten Staaten noch 25 Nationen zu der Konferenz von Genua eingeladen werden.

W. T. B. London, 19. Jan. (Drahtbericht.) „Morning Post“ berichtet aus Washington, die Haltung der amerikanischen Regierung wegen der Annahme der Einladung zur Konferenz von Genua sei immer noch nicht geklärt. Auf Präsident Harding werde ein harter Druck ausgeübt, die Einladung abzulehnen. Wenn aus dringenden wirtschaftlichen Gründen der Präsident die Teilnahme der Vereinigten Staaten für notwendig halten sollte, so würden drei Bedingungen daran geknüpft sein:

1. Die Teilnahme Russlands darf nicht die offizielle Anerkennung der Sowjetregierung bedeuten.
2. Die Landdriftungen müssen vermindert werden und
3. Die Frage der europäischen Schulden an die Vereinigten Staaten darf nicht erörtert werden.

Trotsky über die Konferenz von Genua.

W. T. B. London, 19. Jan. (Drahtbericht.) Trotsky erklärte in einer Unterredung mit dem Moskauer Sonderberichterstatter des „Daily Herald“, die Sowjetregierung hoffe — ob sich Frankreich an der Konferenz von Genua beteiligt oder nicht — auf einen Erfolg der Konferenz. Die Wiederherstellung des Gleichgewichts der Welt sei nicht durch Konferenzen zu lösen, sondern durch unablässiges harte Arbeiten und durch die Zusammenarbeit aller Völker. Es sei klar, daß Lord George die Konferenz von Genua wolle, um die Welt in Gang bringen zu helfen. Russland und Deutschland werden alles tun, was in ihrer Macht liegt, um die Konferenz von Genua zu einem Erfolg zu bringen. Voincaré werde wahrscheinlich, wie Briand, abgemurmelt werden, sich den Verhältnissen anpassen und eine Haltung ähnlich derjenigen Briands annehmen. Frankreich, das sich einbildet, die Weltpolitik zu bestimmen, sei in Wirklichkeit unbedeutend; bei Amerika sei dies anders, denn Amerika sei allmächtig. Wenn Amerika absteigt, müsse die Konferenz von Genua mit einem Mißerfolg enden. Was die Stellung Russlands auf der Konferenz von Genua bezüglich der Frage der Reparationen und der Abänderung des Versailler Vertrages angeht, erklärte Trotsky, die Reparationsfrage und der Versailler Vertrag seien nichts als Bucherforderungen. Die Einladung nach Genua sei an sich bereits eine Replik des Versailler Vertrages. Trotsky erklärte weiter, der Völkerverbund sei der Schatten eines Schattens; er sei nichts als ein Phantom.

Lenin geht nicht nach Genua.

D. Moskau, 19. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Laut Informationen von maßgebender Stelle wird Lenin persönlich nicht an der Konferenz von Genua teilnehmen, da die Bestimmung besteht, daß der radikale Flügel der kommunistischen Partei keine Abwesenheit dazu benutzen könnte, um die Macht an sich zu reißen. Befürchtet, daß der radikale Flügel bereits sehr energisch eine Entsendung von Delegierten nach Genua abgelehnt. Laut einer Moskauer Meldung sind Toffe und Bakowski zu russischen Vertretern auf der Konferenz von Genua ernannt worden. Der Vorsitzende der Delegation ist noch nicht bestimmt.

Lord Georges Stellung gefährdet?

W. T. B. London, 19. Jan. (Drahtbericht.) „Daily Mail“ ist der Ansicht, daß der Spalt in der Koalition sich erweitert. Die unionistische Partei sei sich ihrer überlegenen Stellung bewußt und lehne sich nach Unabhängigkeit und Macht. Wenn die unionistische Partei, die mit 350 Reaktionsunionisten im Unterhaus eine Mehrheit über alle Parteien hat, Lord Georges Rücktritt wünscht, so würde Lord George nichts anderes übrig bleiben, als abzutreten. Der ansehnliche Verlust der politischen Führer, die Klüft zwischen den beiden Flügeln der Koalition zu überbrücken, sei erfolglos geblieben und die Ereignisse trieben auf einen vollkommenen Bruch zu. In den politischen Klubs sei die Erregung groß; Lord Georges Stellung wird als gefährdet angesehen. Die Möglichkeit seines Rücktritts sei während der letzten Tage erörtert worden. In unionistischen Kreisen sei man dahin übereingekommen, daß, falls Lord George zurücktritt, Chamberlain aufgefördert werden soll, ein Ministerium zu bilden und die Geschäfte weiterzuführen, bis ein geeigneter Zeitpunkt für die Auflösung des Parlaments gekommen sei.

W. T. B. London, 19. Jan. (Drahtbericht.) Der politische Berichterstatter der „Westminster Gazette“ schreibt, im Kabinett herrsche keineswegs Übereinstimmung darin, ob es geraten sei, daß Lord George persönlich nach Genua gehe, insbesondere, da es zweifelhaft sei, ob Voincaré hingehen wird. Einige der Mitglieder des Kabinetts seien der Ansicht, daß das Vorkommen der britischen Regierung durch die häufigen Reisen des Reichsgesandten zu Konferenzen auf dem Kabinett nicht vergrößert wird, und die Ansicht scheint Boden zu gewinnen, daß die Wirtschaftskonferenz nicht überhastet werden dürfe durch die Anwesenheit des Obersten Rates, und daß sie die schmerzhaften Probleme, mit denen sie sich zu befassen hat, in einer weniger feierhaften Atmosphäre behandeln müsse als die von Cannes. Auch andere Umstände machen Lord Georges Reise nach Genua zweifelhaft. Die parlamentarische Lage wird sicher die Anwesenheit des Premierministers in England erfordern. Wenn Lord George im Herbst dem Unterhaus den Rücken kehrt, so wird vielleicht der Zwiespalt in der Koalition den Sturz der Regierung herbeiführen.

W. T. B. London, 19. Jan. Amtlich wird mitgeteilt, daß das Parlament am 7. Februar wieder zusammentreten werde.

D. Amsterdam, 19. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Aus London wird gemeldet: Der Konferenz der letzten Koalitionsliberalen widmen die Londoner Zeitungen große Aufmerksamkeit. Man erwartet, daß Lord George als Führer der liberalen Gruppe der Koalition am Samstag eine bedeutsame Erklärung über die Innenpolitik abgeben wird. Es soll beschlossen worden sein, eine neue liberale Partei zu gründen, die den Gedanken des Liberalismus sowohl in der inneren als auch in der internationalen Politik vertritt.

Merotal 53.

Vermietungen

Baden u. Geschäftsräume.

Baden

an d. Schwalb. Str. 23.
H. Dohheimer Str. 57. 1.

Möbl. Zimmer, Manf. 2c.

Marktstraße 6, 3 L. am
Raffi. sofort möbliert.
Zimmer zu verm.

Rheinstraße 68

(2. Etage)

2bett. Zimmer a. Mon.
oder Wochen ab sof. frei
bei Rich. Kehler.

On paris français

Ein möbl. Zimmer mit
elektr. Licht, Telefon
u. Kasse zu verm. evtl.
auch Büro-Mitbenutzung.

Neuer, Doh. Str. 44.
Telefon 3708.

Schon möbl. Zimmer an
neuen Herrn zu verm.

Schwarzhofstr. 18. 1. i

Gut möbl. Zimmer

mit Pension zu verm.

Schwarzhofstr. 18. 1. i

Schon möbl. Zimmer mit

1 oder 2 Betten und

Rüchensbenutzung zu vm.

Wer. im Tagbl.-Bl. M.

Mietgesuche

Suche

Pension

oder Hotel

zu mieten oder zu kaufen.

Siehe oben Preis, wenn

in der Nähe des Koch-

brunnens oder Sonnen-

berger Straße. Offert. u.

8. 642 an den Tagbl.-Bl.

Junges Ehepaar

sucht 1-2 Zimmer und

Küche, wenn möglich un-

möbliert. Offerten unter

8. 642 an den Tagbl.-Bl.

Suche eine leere

3-4-

Zim.-Wohnung

mit Küche und Badzim.

Offert. Hotel „Zum

Prinzen“, Pann. 3im. 18.

Franzosen.

Suche per sof. od. bald.

3-4 Zimmer

mit Küche, im Zentrum

der Stadt. Offerten u.

8. 640 an den Tagbl.-Bl.

Russische Familie

eine Kinder sucht

Wohnung

2-5 Zim. u. Badzim.

Off. u. 8. 650 Tagbl.-Bl.

Suche 3-4 möbl. Zim.

mit Küchenbenutzung auf

oder sofort. Off.

u. 8. 646 Tagbl.-Verlag.

4-6-Zimmer-Wohnung

möbliert mit Küche, w.

von ruhiger Familie zu

mieten gesucht. Off. u.

8. 656 an den Tagbl.-Bl.

Junges belgisches Ehe-

paar sucht

möblierte Wohnung

1 Schlafzim., 1 Esszim.

u. 1 Küche. Offerten u.

8. 653 an den Tagbl.-

Verlag.

Möblierte Wohnung.

Bestehend aus 3 bis 5

Zimmern u. Bad, für

erwachsene Personen zu

mieten gesucht. Off. unt.

8. 658 an den Tagbl.-

Verlag.

Französische kinderlose

Familie sucht

möblierte Wohnung

auch 2 Zim. u. Küche

oder auch kleine unmöbl.

Wohnung mit Küche zu

mieten. Offert. u. 8. 643

an den Tagbl.-Verlag.

Wer. sofort zu miet. gel.

3-5-Zimmer-

Wohnung

möbliert mit Küche, von

ruhiger, gut. Familie.

Offert. mit Preisangabe u.

8. 643 an den Tagbl.-Bl.

Dame

sucht 1. od. 2. Zim.

oder unmöbl. in

ruhiger Lage. Off. m. Pr.

u. 8. 652 Tagbl.-Verlag.

2-3 hübsch möblierte

Zimmer mit 2 od. 3 groß.

Bett gesucht. Offerten

unter 8. 638 an den

Tagbl.-Verlag.

Gebild. älterer Herr

(Dollander) sucht zwei

gut möblierte

Zimmer

(Wohn- u. Schlafzim.)

mit Bedienung im Zen-

trum der Stadt. Off. u.

8. 642 an den Tagbl.-Bl.

Ausländerin sucht gut

möbl. heizb. Schlafzim.

elektr. Licht, Frühstück u.

Mittagsstisch erwünscht.

Offerten unter 8. 644 an

den Tagbl.-Verlag.

Stadt

Zwangs-

einmietung!

Alleinstehende Beamtin

sucht sehr leere

freundl. Zim.

mit Küchenbenutzung od.

Kochgelegenheit in best.

Haule. Offerten unter

8. 650 an den Tagbl.-

Verlag.

Saubere Arbeiterin sucht

einf. möbl. Zimmer. Off.

u. 8. 652 Tagbl.-Verlag.

Ingenieur, Franzose,

sucht sofort

möbl. Zimmer

im Zentrum der Stadt.

Off. u. 8. 654 Tagbl.-Bl.

Junges Herr sucht großes

hübsch möbl. Zimmer

mit elektr. Licht, mögl.

leparat. Off. mit Preis-

angabe unter 8. 655 an

den Tagbl.-Verlag.

Möbl. Zimmer

mit Klavier von jung.

Herrn (Deutsch.) zu miet.

geht. Off. mit Preis-

angabe unter 8. 655 an

den Tagbl.-Verlag.

1-2 möbl. Zimmer

mit anst. Eingang zu

mieten gesucht. Offert. u.

8. 655 an d. Tagbl.-Bl.

Bester Herr,

Frans., sucht einf. lepar.

möbl. Zimmer, wöchentl.

2mal 2 St. für Sprach-

unterricht, möglichst außer

Zentrum. Offert. unter

8. 653 an den Tagbl.-Verlag.

Dauermieterin

sucht schön möbl. Zimmer

mit etwas Küchenbenut.

Off. u. 8. 644 Tagbl.-Bl.

Geb. Dame

sucht für dauernd

schön möbl. Zim.

im Zentrum. Offert. u.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8. 7250 an Ann.-Exped.

8

